



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/18 - 22.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Auch die Zonenjugend sagt "Nein!"	S. 1
USA - Peking und Formosa	S. 2
Die Schulpolitik der Zinn-Regierung	S. 4
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

---

## Ulbrichts Aufrüstung stößt auf Widerstand

Aus der sowjetischen Zone wird uns geschrieben

Seit der Moskauer Deklaration versucht die SED in der Zone, verstärkt die Werbetrommel für die "Aufstellung nationaler Streitkräfte" zu rühren. Die "Nationalarmee", zu der die bereits bestehenden Verbände der Kasernierten Volkspolizei (KVP) ausgebaut werden sollen, wird dabei als Gegenmaßnahme gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge bezeichnet. Die Eile, die Ulbricht bei Verwirklichung seiner Pläne an den Tag legt, lässt darauf schließen, dass es ihm daran liegt, ebenfalls vollendete Tatsachen zu schaffen, die freie Wahlen unmöglich machen und so die Spaltung Deutschlands - die einzige Voraussetzung für das Fortbestehen des SED-Regimes - aufrechterhalten.

Trotz der Kürze der Zeit, die neue Aufrüstung zu propagieren und vorzubereiten, hat sich jedoch jetzt schon gezeigt, dass die SED auf ernsthaften Widerstand gestoßen ist. Träger dieses Widerstandes sind vor allem die Jugendlichen, die als erste in die "Nationalarmee" gepresst werden sollen. Da die FDJ, die staatliche Jugendorganisation der Sowjetzone, einen "ernsten Tempoverlust" bei der ideologischen und propagandistischen Vorbereitung erlitten hat, hat sich die SED direkt eingeschaltet, um innerhalb der Staatsjugend wirksam zu werden.

22.1.1955

Auftakt der Kampagne war eine Ulbricht-Erklärung, in der unwunden zugegeben wurde, dass sich die Zonenjugend der Aufrüstung gegenüber entweder "gleichgültig" verhalte, oder aber sogar von "Stimmungen des Pazifismus" ergriffen sei, die "die Verteidigungsbereitschaft unserer Republik schwächen." Kurt Benda, Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, zählt in einer Anweisung an seine Agitatoren die Stimmungen auf, die bei der Zonenjugend wirksam sind. Die Jugendlichen sagten: "Ich bin gegen die Aufrüstung auf beiden Seiten" und lehnten die SED-Theorie von den gerechten und ungerechten Kriegen mit der Bemerkung ab: "Gewehr ist Gewehr". Außerdem bestche die "falsche Auffassung", die sich in folgenden Worten äußere: "Wenn die USA gegen die Sowjetunion Krieg führen will, so haben wir nichts damit zu tun." Aus all' dem ist die SED-Parole für ihre Agitatoren notwendig geworden: "Zerschlagt die volksfeindlichen Argumente!"

Um an die Jugendlichen heranzukommen, wurde befohlen, die nun fälligen Neuwahlen der FDJ-Leitungen in den Dienst der Militarisierungspropaganda zu stellen. Am Gelingen dieser "Überzeugungsarbeit" darf mit Recht gezweifelt werden. FDJ-Versammlungen, an denen mehr als 20 % der Mitglieder teilnehmen, gibt es nämlich kaum mehr. Die meisten Jugendlichen sind von der SED-Propaganda längst nicht mehr zu erreichen.

\* \* \*

#### USA - Asienpolitik in Wandlung ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Überfall auf die Insel Yikiangshan hat sich als ein raffinierter politischer Schachzug herausgestellt, der der chinesischen Volksrepublik unter Umständen den Weg in die UNO öffnet. Der Überfall war für Peking mit keinerlei Risiko verbunden. Die amerikanischen Formosa-Garantien betreffen die Tachen-Inseln nicht. Aber gänzlich unerwartet haben Dulles und Eisenhower einen Waffenstillstand angeregt, der durch die UNO vermittelt werden könnte. Unbe-

kannt wird bleiben, ob die Chinesen die in diesem Wunsch eingeschlossene Wandlung der Haltung Amerikas (nach dem Besuch Hammerskjölds!) voraussehen konnten, weil man nicht erfährt, ob die Amerikaner nicht vielleicht schon seit längerer Zeit nach einer Möglichkeit zur ehrenvollen Änderung ihres Asienkurses gesucht haben.

Ein Waffenstillstand zwischen Tschiang Kai schek und Peking könnte der Ausgang für eine Generalbereinigung der den wirklichen Kräfteverhältnissen nicht entsprechenden Beteiligung der asiatischen Länder an der Arbeit der UNO und in der internationalen Politik sein. Der amerikanische Hinweis auf die UNO-Vermittlung dieses Waffenstillstandes schließt einerseits die Einschätzung Pekings als einen Gesprächspartner für die UNO ein. Andererseits müßte Peking zum Zustandekommen eines derartigen Waffenstillstandes mit Vertretern der Regierung Tschiang Kai scheks verhandeln. Das würde für beide Regierungen wenigstens die de-facto-Anerkennung ihres bisher schroffen Gegners bedeuten.

Peking hat nach dem Überfall auf Ykiangshan und den amerikanischen Waffenstillstandserklärungen sehr geschickt nachgestoßen. Die Verkündung eines ersten konkreten Ergebnisses der Chinareise Hammerskjölds, mit der die Verwandtenbesuche für 17 in China inhaftierte Amerikaner angekündigt werden, dürfte nicht ohne Einfluß auf die amerikanische Öffentlichkeit bleiben. Die Engländer haben inzwischen durchblicken lassen, dass sie bereit wären, den Amerikanern bei der "ehrenvollen" Wandlung ihrer Politik in Asien vermitteln zu helfen, um ihnen eine politische Neuorientierung ohne Prestigeverlust zu ermöglichen. Sehr schnell wird überdies eine Entscheidung nicht fallen. Die Engländer wünschen zunächst einmal die Auffassung der asiatischen Commonwealth-Länder zu diesen Problemen auf der Ende Januar in London tagenden Commonwealthkonferenz kennenzulernen. Es wird angedeutet, Nehru habe einen Plan für die Beilegung der innerchinesischen Streitigkeiten. Der Plan sehe vor, dass Tschiang Kai schek die kleinen Inseln vor der chinesischen Küste räume, sich auf Formosa beschränke und dort "eingefroren werde". Die Rotchinesen müßten auf Formosa um den Preis der Aufnahme in die UNO verzichten. Dieser Plan entspricht den Vorstellungen, die auch an anderer Stelle in London bereits geäußert wurden.

Es gab schon seit längerer Zeit Symptome für den schwindenden Einfluss Amerikas in der Konferenz der Kolombostaaaten, in der SEATO und sogar im amerikanisch finanzierten Nachkriegsjapan. Die Amerikaner konnten keine Hoffnung mehr haben, ihren sinkenden Einfluss wegen der in den Augen der asiatischen Regierungen falschen Einschätzung Pekings gegenüber dem wachsenden Einfluss Englands durchzusetzen. Es mag sich hier um einen Interessenausgleich im westlichen Lager selbst handeln, durch den die USA hoffen, stabile Verhältnisse in Asien vorzubereiten.

## Keine Experimente in Hessens Schulen

Offene Bahn für Schulerneruerung von innen her

B. Wiesbaden

Hessens neues Parlament hat in diesen Tagen seine Arbeit aufgenommen. Das neue Kabinett Zinn wird die erfolgreich in Angriff genommenen Aufgaben der bisherigen Regierung weiterführen können. Die damit erreichte Kontinuität der Hessischen Landespolitik wird besonders auch den Schulen zugute kommen, denn nirgends sind jähe Umbrüche schädlicher als auf dem Felde der Erziehung, wo alles darauf ankommt, dass die Saat einer guten Schulpolitik in ungestörter Entwicklung reifen kann. Die Gemeinschaftsschule hat in Hessen seit langem eine reiche Tradition. Der Versuch, den Unterricht zu konfessionalisieren, stößt im Lande auf festen Widerstand der Bevölkerung weit über die Anhängerschaft der Regierungsparteien hinaus. Von den Verantwortlichen wird der Begriff "Schulreform" verstanden als ein dauernder Prozess der Anpassung dieser Schule an die ständigen Veränderungen des geistigen und gesellschaftlichen Lebens.

### Lehrerbildungsgesetz in Vorbereitung

Nach diesen Gesichtspunkten wird die Schulpolitik der Hessischen Regierung in den kommenden vier Jahren gestaltet werden. Ein Lehrerbildungsgesetz wird die ausgezeichnete Arbeit der Pädagogischen Institute, die in hochschulmässigem Studium die künftigen Erzieher heranzubilden, gesetzlich verankern. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre sollen in einer umfassenden Hessischen Schulordnung nutzbar gemacht werden, das die bisherigen Schulgesetze - Schulkosten - und Schulverwaltungsgesetz - zusammenschliesst, Unzulänglichkeiten beseitigt und die Fragen des Schulaufbaues, der Schulaufsicht und der Mitwirkung der Erziehungsberechtigten regelt. Berechtigte Ansprüche der gemeindlichen Selbstverwaltung werden zu berücksichtigen sein. Erwogen wird die Verlängerung der Schulzeit mit dem Ziele der ausgereiften Berufsbildung. Die Berufsschule genießt weithin noch nicht die Anerkennung, die ihr als einem der Eckpfeiler unseres gesamten Bildungswesens zukommt. Ihr ist der grösste Teil unserer heranwachsenden Jugend in einem Alter anvertraut, in dem das Weltbild des Menschen feste Form annimmt. Ein Berufsschulgesetz soll ihr die zeitgerechte Form geben.

### Neue Schulen - geringere Schülerzahl

In diesen grossen legislativen Vorhaben, mit denen die Regierung vor den Landtag zu treten beabsichtigt, darf sich ihre Initiative jedoch nicht erschöpfen. Zunächst wird die notwendige und grosszügige Unterstützung des Schulbaues und die Vermehrung der Lehrerstellen fortgesetzt werden. Dem Schichtunterricht und den überfüllten Klassen - Folgen des verlorenen Krieges - gilt ein zäher Kampf im Interesse des Schülers und des Lehrers. Schwierigkeiten bietet das Problem der aufgeschwemmten sogenannten Mammutschulen mit allzu grosser Schülerzahl. Teilung der Anstalten und Neubauten müssen hier Abhilfe schaffen. Das Lehrerfortbildungswerk, das jährlich  $\frac{1}{4}$  der Lehrerschaft in Lehrgängen Gelegenheit gibt, sich mit modernen Ergebnissen des Unterrichts und den Grundzügen der Schulverwaltung vertraut zu machen, die Pädagogische Forschung und die Hebung des sozialen Ansehens der erzieherischen Berufe in der Öffentlichkeit stellen der Kultusverwaltung ständig neue Aufgaben. Besondere Förderung sollen auch der vorbildliche Sozialkundeunterricht und die Schülermitverwaltung erfahren.

Den Privatschulen als Stätten des freien pädagogischen Versuchs

muss geholfen werden. Auf diesen Gebieten kann und wird bewiesen werden, dass es der Regierung ernst ist mit ihrer Besorgnis von Bürokratie und Uniformität im Schulwesen.

#### Erzieher ohne Bevormundung

Wenn von Freiheit in der Schule die Rede sein soll, muss jedoch, so wichtig und wirkungsvoll gesetzgeberische Massnahmen sein können, vor allem der Lehrer selbst ohne Bevormundung wirken können. Diese Aufgabe setzen sich die neuen Bildungspläne, die z.Zt. auf Arbeitstagen von Vertretern aller am Schulleben beteiligten Stellen und Organisationen, besonders auch der Kirchen, diskutiert werden. Ihr oberster Leitgedanke ist die Freiheit der Pädagogen. Die Bindung an einen straffen Lehrplan im alten Sinne wird fallen. Fest steht das Bildungsziel, die Wahl des Weges bleibt dem Lehrer weitgehend überlassen. An den höheren Schulen wird auf der Oberstufe ein Plan erprobt, der um einen Kern von Pflichtfächern einen Kreis von Arbeitsgemeinschaften legt, die der Schüler wählen kann. Das andere Hauptanliegen der Bildungspläne ist die Beseitigung der Schulangst des Kindes durch Beschränkung des übermässig angewachsenen Lehrstoffes auf das Beispielfaeh-Notwendige.

Zur Freiheit der Schule gehört auch die Möglichkeit des Zuganges zu den Bildungsgütern für alle Begabten, ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft. Mit Recht ist Hessen stolz auf die Lernmittel- und Unterrichtsgeldfreiheit bis hinauf zu den Universitäten. Hier braucht der bisherige Kurs nur fortgesetzt zu werden.

Das Ziel der Hessischen Schulpolitik steht fest: die Erziehung der Jugend zu freien, verantwortungsbewussten, toleranten und tüchtigen Menschen in einem organischen Schulwesen.

+ + +

#### Der ungetreue Gefolgsmann

R.G. Im Grunde ist aller Welt bekannt, dass die bundesdeutsche CDU/CSU aus einem Führer und der homogenen Masse einer gehorsamen Gefolgschaft besteht. Diese Tatsache wurde schon oft genug sehr augenfällig demonstriert; nur offen zugegeben wurde sie nicht.

Nun aber hat des Bundeskanzlers folgsame "Kölnische Rundschau" in einer seltsamen Anwandlung von Aufrichtigkeit die Dinge beim rechten Namen genannt und in einem Artikel über den zum BHE hinübergewechselten Linus Kather davon gesprochen, dass jener "einst Gefolgsmann der CDU" gewesen sei. Und so haben wir endlich einmal schwarz auf weiss, dass die Mitglieder der CDU Gefolgsmänner sind.

Vielleicht ist das freimütige Bekenntnis dieser Zeitung eine Entgeisung, die in der Wut über den Abtrünnigen so mit herausgerutscht ist, denn es steckt viel Schaum der Wut in den Zeilen, die die "Kölnische Rundschau" der betäublichen Tatsache widmet, dass Kather Gegner der Saarabtrennung ist.

Am Schluss dieses Artikels, der dem eigenwilligen Herrn Kather den liebenswerten Herrn Kraft gegenüberstellt, wird dann der Wunsch ausgesprochen, dass die Flüchtlinge dem Wege Krafts folgen möchten. Womit dann wohl zur Genüge angedeutet ist, dass man nicht nur von den Mannen der CDU, sondern von denen der Koalition insgesamt widerspruchslose Gefolgschaftstreue erwartet.

Verantwortlich: Peter Raunau

## Kommuniqué

\*\*\*\*\*

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloss in seiner Sitzung am 21. und 22. Januar in Bonn, den Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenhauer, zu beauftragen, dem Bundeskanzler schriftlich die sozialdemokratische Haltung in den Fragen darzulegen, die durch die außenpolitische Entwicklung der letzten Zeit aufgeworfen worden sind.

Sie beziehen sich auf die von der Regierung angestrebte Ratifizierung der Pariser Verträge, die Form, in der die letzte sowjetische Erklärung von maßgebenden Stellen der westlichen Alliierten wie der Bundesregierung behandelt worden ist und auf die Reaktion darauf in weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung.

Dieser einstimmig gefasste Beschluß war das Ergebnis einer sehr gründlichen Aussprache. Sie galt der ungeheuer ernsten Situation, in der sich gegenwärtig ganz Deutschland befindet. Die internationale Entwicklung droht auf eine Verewigung der Spaltung Deutschlands hinzusteuern, ohne dass nach dem Eindruck der SPD die Bundesregierung mit Aufbietung allen Willens dieser Entwicklung entgegenwirkt.

In diesem Zusammenhang wurden auch Fragen besprochen, die mit der in diesen Tagen angelaufenen großen Kundgebungswelle gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge zusammenhängen.

Auf der Vorstandssitzung berichteten Waldemar von Knöringer, Georg August Zinn und Franz Neumann über die Regierungsbildungen in Bayern, Hessen und Berlin nach den letzten dort stattgefundenen Wahlen im November bzw. Dezember des vergangenen Jahres.

Der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, gab dann einen kurzen Überblick über den Inhalt der Gespräche, die er während eines Dreitageaufenthaltes in der norwegischen Hauptstadt anlässlich eines Vortrages vor der Arbeiterbildungsvereinigung über die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie geführt hat.

An einer im Mai in Wien vorgesehenen Tagung der internationalen sozialistischen Studienkommission für Fragen der Gemeindeverwaltung werden als Vertreter der SPD Wilhelm Mellies und Max Brauer teilnehmen.

\* \* \*